Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/01. Kreis- und Strategieausschuss



Protokoll

01. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Montag, 14.07.2014 im Hermann-Beham-Saal, Landratsamt Ebersberg

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 19:02 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß SchriftführerIn: Gabriele Huber

Norbert Neugebauer

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Brilmayer, Walter abwesend ab 18:12 Uhr

Huber, Thomas Müller, Alexander

Ockel, Udo abwesend ab 18:10 Uhr

Scheller, Tobias

Wagner, Martin anwesend ab 15:08 Uhr

SPD-Fraktion

Böhm, Ernst Dr. Hingerl, Albert

Freie Wähler-Fraktion

Reitsberger, Georg

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud
Oellerer, Reinhard anwesend ab 15:09 Uhr, abwesend ab 18:47 Uhr

AG AfD-BP-ödp

Weigl-Mühlfeld, Johanna

Abwesend sind: ./.

Robert Niedergesäß Vorsitzender

Gabriele Huber Schriftführerin von TOP 1 ö bis TOP 10 ö Norbert Neugebauer Schriftführer von TOP 11 ö bis TOP 15 ö

<u>Inhalt:</u>

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
TOP 3	Besetzung des Jugendhilfeausschusses mit externen Mitgliedern Vorlage: 2014/2108/1
TOP 4	Landkreishaushalt; Jahresabschluss 2013 Vorlage: 2014/2154
TOP 5	Einführung in das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses Vorlage: 2014/2131
TOP 6	Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus den Fachbereichen Kreis- und Strategieausschuss Vorlage: 2014/2151
TOP 7	Einführung in die Eckwertesteuerung Vorlage: 2014/2132
TOP 8	Haushalt 2015; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte) Vorlage: 2014/2152
TOP 9	Liegenschaften; Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Bedarf einer weiteren Halleneinheit Vorlage: 2014/2146/1
TOP 10	Erlass einer Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises Vorlage: 2014/2166
TOP 11	Benennung weiterer Vertreter in den Ausschüssen des Kreistages; Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.07.14 Vorlage: 2014/2180
TOP 12	Informationen und Bekanntmachungen
TOP 12.1	Informationen und Bekanntmachungen; Energieagentur Ebersberg gemeinnützige GmbH; notarielle Beurkundung Vorlage: 2014/2179
TOP 12.2	Informationen und Bekanntgaben; Spenden Vorlage: 2014/2153
TOP 12.3	Informationen und Bekanntgaben; Ankündigung einer Eilentscheidung bzgl. Zusicherung eines Zuschusses an die GWG Ebersberg
TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
TOP 14	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
TOP 15	Anfrage von KRin Waltraud Gruber; Kinderstation in der Kreisklinik

Öffentlicher Teil

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Kreisräte. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die Niederschrift der 47. Sitzung des Kreis- und Strategieausschuss am 07.04.2014 gab es keine Einwände. Somit erklärte Landrat Robert Niedergesäß die Niederschrift als genehmigt.

TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen

keine

TOP 3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses mit externen Mitgliedern

2014/2108/1 BL/014

An der Beratung nahmen teil: Stefanie Geisler, Abteilungsleiterin Soziales

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Frau Geisler, die kurz in den Sachverhalt einführte:

Der Kreistag hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. Mai 2014 Ausschüsse gebildet und mit Mitgliedern des Kreistages besetzt. Im Jugendhilfeausschuss haben neben Mitgliedern des Kreistages auch weitere Personen Sitz und zum Teil auch Stimme. Nach Sachvortrag durch den Leiter des Jugendamtes und der Abteilungsleiterin, sowie Beratung hat der Landrat vorgeschlagen, die Beratung nicht weiter zu verfolgen und die Entscheidung im folgenden Kreistag zu treffen. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhob sich im Kreistag kein Widerspruch.

Frau Geisler erklärte weiter, dass die Zusammensetzung sich aus § 71 SGB VIII, Art. 18 und 19 AGSG sowie aus der Satzung des Jugendamtes Ebersberg ergibt.

Den Vorsitz führt der Landrat. Er ist stimmberechtigtes Mitglied (Art. 17 Abs. 3 AGSG).

Der Jugendhilfeausschuss hat sowohl beratende als auch beschließende Mitglieder:

Die stimmberechtigten Mitglieder werden in offener Abstimmung gewählt und setzen sich wie folgt zusammen:

- Sechs Mitglieder des Kreistages; beschlossen im Kreistag am 05.05.2014.
- 2. Zwei in der Jugendhilfe erfahrene Personen auf Vorschlag der Verwaltung des Landratsamtes.

Frau Geisler stellte die externen Mitglieder anhand einer Präsentation namentlich vor.

 Personen aus den Vorschlägen der Jugendhilfeträger. Der KJR wurde zu den Vorschlägen der Jugendverbände angehört und hat ein zustimmendes Votum abgegeben. Die Vorschläge wurden mit den Vertretern der Jugendhilfträger am 13.05.2014 besprochen, mit dem Ergebnis, dass keine weiteren Vorschläge und keine Änderungswünsche waren.

Eine Anmerkung aus dem Gremium war, dass Herr Mittermeier nach München wechseln werde. **Frau Geisler** teilte mit, dass dies ab dem 31.08.2014 erfolge. **Landrat Robert Niedergesäß** erklärte, dass die Verwaltung dies bis zur Sitzung des Kreistages klären werde, damit dieser mit dem neuen Namen abstimmen könne.

Frau Geisler stellte die beratende Mitglieder gem. Art. 19 AGSG in ihrer Präsentation vor.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Der Kreistag wählt folgende Personen als jugendhilfeerfahrene Personen mit Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss:

Mitglied	StellvertreterIn
Michael Nerreter	Manfred Krumpholz
(DKSB Kreisverband Ebersberg)	(Berufsbildungswerk Kirchseeon)
Angela Freise	Jan Ostmann
(Jugendpflegerin Markt Schwaben)	(Jugendzentrum Markt Schwaben)

2. Nach dem Vorschlag des Jugendamtes wird der Jugendhilfeausschuss mit folgenden Personen mit Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss besetzt:

Mitglied	Stellvertreter/in
Sr. Dr. Christophora Eckl	Ludwig Mittermeier
(Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Zinneberg/Caritas)	(Caritas-Verband München und Freising e.V.)
Ulrike Bittner	Gabriele Pfanzelt
(AWO Kreisverband Ebersberg)	(AWO Kreisverband Ebersberg)
Matthias Sanne	Ann-Katrin Lutschewitz-Schuster
(Diakonisches Werk Rosenheim)	(Innere Mission München/Diakonie)
Ernst Weinzierl	Elisabeth Seibl-Kinzlmaier
(Brücke Ebersberg e.V./Paritätischer Wohlfahrtsverband, Bezirksverband Oberbayern)	(BRK Kreisverband Ebersberg)
Mathias Weigl	Bernadette Albert
(Kreisbrandrat für den Landkreis Ebersberg)	(Katholische Jugendstelle Ebersberg)
Winfried Rohrbach	Anna Greithanner
(KJR Ebersberg)	(KJR Ebersberg)

3.1 Der Kreistag bestellt die beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2014 – 2020 in seiner konstituierenden Sitzung. Bei Änderungen während der Wahlperiode gilt:

Es kann immer dann von der Bestellung nachrückender beratender Mitglieder des Jugendhilfeausschusses im Sinne von Art. 17 Abs. 1 AGSG durch den Kreistag ausgegangen werden kann, wenn der Jugendhilfeausschuss der Bestellung nach dem Vorschlag der entsendenden Stelle zustimmt und auf diese Weise die Nachfolge regelt.

3.2 Nach dem Vorschlag der jeweiligen Stellen wird der Jugendhilfeausschuss mit folgenden Personen mit beratender Funktion im Jugendhilfeausschuss besetzt:

	-			
Art. 19 Abs. 1 AGSG	Benennende Stelle (Art. 19 Abs. 2 AGSG)	benannt von	Mitglied	Stellvertreter/-in
Nr. 1	Leiter der Verwaltung des Jugendamtes		Christian Salberg Leiter	Florian Robida, Stellvertreter
Nr. 2	Jugend-, Familien oder Vormundschaftsr ichter	Leiterin AG Ebersberg	Dr. Susanne Grasser Familienrichterin am Amtsgericht	Susanne Strubl, Jugendschöffenrichterin am Amtsgericht
Nr. 3	Schule/Schulver waltung	Leiterin Staatliches Schulamt Ebersberg	Angela Sauter Fachliche Leiterin des Staatlichen Schulamtes	Wolfgang Michalke, Stellvertreter der Fachlichen Leitung des Staatlichen Schulamtes
Nr. 4	Bediensteter der Arbeitsagentur	Leiter Arbeitsagentur Freising	Birgit Aigner	Isis Maharib
Nr. 5	Fachkraft in der Erziehungsberat ung	Caritas- Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche	Regina Brückner Leiter der Beratungsstelle	Angela Bredel-Michael
Nr. 6	Kommunale Gleichstellungsb eauftragte		Stefanie Geisler Gleichstellungsbeauft ragte	Christine Klostermann Familienbeauftragte
Nr. 7	Polizeibeamter/- beamtin	PP Oberbayern- Nord	Hendrik Polte Leiter PI Ebersberg	Helmut Hintereder Leiter PI Poing
Nr. 8	Vorsitzender Kreisjugendring	Kreisjugendring Ebersberg	Daniel Hitzke Vorsitzender Kreisjugendring	Blandine Ehrl Geschäftsführerin Kreisjugendring
Nr. 9	Katholische Kirche	Kath. Dekanat Ebersberg	Michael Holzner	Josef Riedl
Nr. 9	Evangelische Kirche	Ev. Landeskirchenam t	Thomas Schmidt- Behounek	Manuel Dasch

einstimmig angenommen

TOP 4 Landkreishaushalt; Jahresabschluss 2013

2014/2154 SFC/ Jahresabschluss 2013

An der Beratung nahmen teil: Ana Stellmach, Mitarbeiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Brigitte Keller, Stabsstellenleiterin Finanzen und Controlling

Andreas Stephan, Abteilungsleiter Zentrales und Kreisangelegenheiten

Landrat Robert Niedergesäß führte in den Sachverhalt ein und informierte das Gremium über die weitere Vorgehensweise zur Stärkung der Finanzkraft des Landkreises:

Der Landkreis Ebersberg hatte als erster Landkreis in Bayern im Jahr 2005 die Haushaltsführung auf die kaufmännische Buchführung, die sog. Doppik umgestellt.

Der Jahresabschluss 2013 habe gegenüber den Vorjahren deutliche Verbesserungen gebracht. Nicht nur das Ergebnis sei mit einem Überschuss von 5,2 Mio € erstmals wieder positiv, es konnten auch viele nützliche Anregungen und Hinweise der überörtlichen Rechnungsprüfung bereits in diesen Abschluss eingearbeitet werden.

Ein rechtzeitig vorgelegter Jahresabschluss sei die Basis dafür, dass dieser für eine strategische Ausrichtung in die Zukunft genutzt werden könne. Die Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung hatte bereits vor 3 Jahren in diese Zukunft gedacht und Bilanzkennzahlen erarbeitet, die der Politik Hinweise zur Steuerung geben soll.

Die Bilanzsumme des Landkreises stieg seit der Eröffnungsbilanz von rd. 130 Mio € auf inzwischen fast 213 Mio € - dies zeige eindrucksvoll die starke Finanzkraft des Landkreises. Gleichzeitig blieb aber das Eigenkapital unverändert! Die seit 2005 angesammelten Ergebnisüberschüsse erreichten eine Höhe von 20 Mio €. Die Eigenkapitalquote, also der %Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme hatte 2005 seinen Höchststand mit 47 %, dieser ging mit dem Anstieg der Bilanzsumme auf 40 % im Jahr 2013 zurück. Und er werde weiter sinken, wenn hier keine Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass er in der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung eine Diskussion darüber führen wolle, inwieweit es sinnvoll – ja sogar notwendig sei – einen Teil des Ergebnisüberschusses dauerhaft ins Eigenkapital zu überführen um die Eigenkapitalquote wieder zu erhöhen bzw. auf einen zu diskutierenden %Satz als Indikator für ein gesundes "Unternehmen Landkreis" festzusetzen.

Zur Erläuterung des Sachverhaltes übergab er das Wort an Frau Stellmach. Sie stellte sich dem Gremium kurz vor und erklärte, dass nach zwei negativen Jahren, in denen der Kreishaushalt in seiner Ergebnisrechnung Verluste hinnehmen musste, die Umkehr in einen positiven Haushalt gelungen ist. Anhand der folgenden Präsentation erläuterte Frau Stellmach den Sachverhalt:

Landkreishaushalt; Jahresabschluss 2013

Ergebnisrechnung 2013

Ergebnis: + 5.207.403,65 €

	Ist	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2012	2013	2013	2013
KSA	5.567.535,46	5.057.406,29	6.148.866,93	1.091.461
FSK	14.630.198,15	14.946.040,83	15.267.052,69	321.012
LSV	9.889.664,22	10.576.046,74	10.335.670,38	-240.376
ULV ohne KAW	4.524.151,06	4.236.137,71	3.453.092,05	-783.046
KAW	-767,13	-73.700,36	0,00	73.700
JHA	10.430.676,76	10.794.756,79	10.896.899,56	102.143
FIN	-41.970.726,35	-51.397.907,60	-51.308.955,26	88.952
Gesamt	3.070.732,17	-5.861.219,60	-5.207.403,65	653.816

VERMÖGENSRECHNUNGBILANZ

	Aktiva			Passiva				
	2013 EUR	2012 EUR	Veränderung		2013 EUR	2012 EUR	Veränderung	
A. Anlagevermögen	190.843.895,17	183.853.206,21	6.990.688,96	A. Eigenkapital	-84.296.478,51	-79.070.313,28	-5.226.165,23	
B. Umlaufvermögen	21.170.393,17	16.963.955,78	4.206.437,39	B. Sonderposten	-31.929.550,35	-30.284.123,83	-1.645.426,52	
C. Aktive Rechnungsabgren- zung	770.248,06	981.001,15	-210.753,09	C. Rückstellungen	-22.484.581,33	-21.318.547,19	-1.166.034,14	
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0,00	D. Verbindlichkeiten	-73.664.260,23	-70.675.400,01	-2.988.860,22	
<			E. Passive Rechnungsabgrenzung	-409.665,98	-449.778,83	40.112,85		
			F. Treuhandkapital	0	0	0,00		
Summe	212.784.536,40	201.798.163,14	10.986.373,26	Summe	-212.784.536,40	-201.798.163,14	-10.986.373,26	

VERÄNDERUNGEN AKTIVSEITE

Entwicklung des Anlagevermögens

Beschreibung	2013 EUR	2012 EUR	Veränderung
A. Anlagevermögen	190.843.895,17	183.853.206,21	6.990.688,96
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.371.252,91	18.626.289,25	-1.255.036,34
II. Sachanlagen	162.094.629,83	155.504.321,30	6.590.308,53
III. Finanzanlagen	11.378.012,43	9.722.595,66	1.655.416,77

Das Anlagevermögen ist um knapp 7 Mio. € gestiegen (Gesamtinvestitionen 13,3 Mio. € – Afa 2013 6,4 Mio. € = 6,9 Mio. €).

Wesentliche Veränderungen 2013	Betrag in Mio. €
BA 8 Zwischenfinanzierungsdarlehen Kreisklinik	2,7
Ganztagsschule SFZ Grafing	1,6
KRSTR EBE 6	1,2
LRA Generalsanierung	2,9
Tiefgaragenstellplätze	1,0
Sonstige	3,9
AFA 2013	-6,4
Gesamt	6,9

VERÄNDERUNGEN AKTIVSEITE

Entwicklung des Umlaufvermögens

Beschreibung	2012	2013	Veränderung
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.827.015,90	5.921.966,66	-1.905.049,24
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens			
IV. Liquide Mittel	9.136.939,88	15.248.426,51	6.111.486,63
SUMME Umlaufvermögen	16.963.955,78	21.170.393,17	4.206.437,39

Das Umlaufvermögen ist um 4,2 Mio. € gestiegen.

Die Veränderung ist hauptsächlich auf Mittelzufluss von 6,1 Mio. € und die Reduzierung von Forderungen um 1,9 Mio. zurückzuführen.

VERÄNDERUNGEN AKTIVSEITE

Entwicklung des Umlaufvermögens

Liquide Mittel

Stand der liquiden Mittel zum	Landkreis Gesamt	Veränderung Landkreis Gesamt	Landkreis Einzeln	Veränderung Landkreis einzeln	KAW	Veränderung KAW
31.12.	in €	in €	in €	in €	in €	in €
2007	8.434.729,72	1.341.871,25	222.577,62	-6.870.280,85	8.212.152,10	
2008	13.552.980,56	5.118.250,84	4.454.920,44	4.232.342,82	9.098.060,12	885.908,02
2009	30.104.579,73	16.551.599,17	21.418.345,32	16.963.424,88	8.686.234,41	-411.825,71
2010	34.237.006,41	4.132.426.68	24.874.977,91	3.456.632,59	9.362.028,50	675.794,09
2011	19.894.973,44	-14.343.775,76	10.509.360,67	-14.365.617,24	9.385.612,77	23.584,27
2012	9.136.005,83	-10.758.967,61	2.830.810,13	-7.678.550,64	6.306.129,75	-3.079.483,02*)
2013	15.248.426,50	6.112.420,67	6.245.188,17	3.414.378,04	9.003.238,34	2.697.108,59

2013 waren Netto-Investitionen über 19 Mio. € geplant. Tatsächlich flossen in der Netto-Sicht "nur" 13,3 Mio. € ab und somit 5,7 Mio. weniger als geplant. Die liquiden Mittel in diesem Jahr steigen um 6,1 Mio. €.

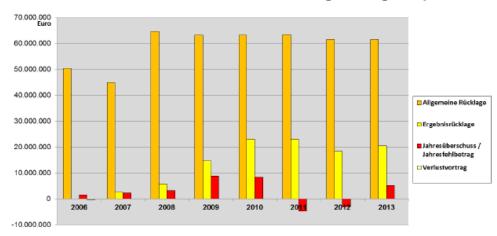
VERÄNDERUNGEN PASSIVSEITE

Beschreibung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Veränderung
A. Eigenkapital	- 79.070.313, 2 8	-84.296.478,51	-5.226.165,23
I. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-61.680.365,07	-61.699.126,65	-18.761,58
II. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen	-2.000.000,00	-2.000.000,00	
III. Ergebnisrücklagen	-18.460.680,38	-20.597.351,86	-2.136.671,48
IV. Ergebnisvortrag	3.070.732,17		-3.070.732,17
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			

Der Jahresüberschuss aus der Ergebnisrechnung mit 5.207.403,65 € geht als Gewinnvortrag bei der Position Eigenkapital in die Bilanz ein.

Der Jahresfehlbetrag aus 2012 in Höhe von 3.070.732,17 € ist durch einen Teil des Jahresüberschusses 2013 ausgeglichen. Der Restbetrag im Wert von 2.136.671,48 € wird der Ergebnisrücklage zugeführt und erhöht diese damit auf 20.597.351,86 €.

Entwicklung des Eigenkapitals:



Eigenkapitalquote I		Eigenk	apital	x 100					
Eigenkapitaiquotei	Bilanzsumme		X 100						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Eigenkapitalquote I	47	46	37	42	44	46	45	39	40

Frau Stellmach ergänzte, dass die Eigenkapitalquote ein wichtiger Indikator sei. Das Eigenkapital sage aus, welcher Anteil des Vermögens den Bürgern gehöre und nicht den Banken. Die Eigenkapitalquote unterlag in der Vergangenheit starken Schwankungen. Durch die Wiedereingliederung der Kommunalen Abfallwirtschaft im Jahr 2007 und die Überarbeitung der Bilanzierung bei der Kreisklinik im Jahr 2008, 2009 und 2010 stieg sie aufgrund der hohen Ergebnisüberschüsse. Durch den Verlust 2011 und 2012 konnte diese positive Entwicklung nicht weiter fortgesetzt werden und die Eigenkapitalquote sank leicht auf 39 %. Im Jahr 2013 stieg die Eigenkapitalquote auf 40%.

VERÄNDERUNGEN PASSIVSEITE

Entwicklung der Rückstellungen

Arten der Rückstellungen	Stand 01.01.2013	Zuführung	Auflösung	Stand 31.12.2013
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	01.01.2010			01.12.2010
Pensionsrückstellungen	10.556.486,00€	977.754,00 €		11.534.240,00€
2. Rückstellungen für Beihilfe	2.420.002,00€	346.350,00€		2.766.352,00€
3. Rückstellungen Altersteilzeit	500.853,05€		- 213.514,07€	287.338,98€
II.Umweltrückstellungen				
1.Rückstellungen f. Rekultivierung u. Nachsorgeverpf.	5.995.126,46€		- 34.922,14€	5.960.204,32€
III. Instandhaltungsrückstellungen	217.450,00€		- 217.450,00€	- €
VI.Sonstige Rückstellungen				
1.Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	725.409,00€	115.063,99€		840.472,99€
2.Rückstellungen für Überstunden	835.220,68€	218.932,36€		1.054.153,04€
3.Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	68.000,00€		- 26.180,00€	41.820,00€
Summe	21.318.547,19 €	1.658.100,35 €	- 492.066,21€	22.484.581,33€

VERÄNDERUNGEN PASSIVSEITE

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Beschreibung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Veränderung
D. Verbindlichkeiten			
II. Verb. aus Krediten für Investitionen			
vom Kreditmarkt und sonstigen in- und ausländischen Bereichen	-53.476.046,42	-57.983.549,75	-4.507.503,33
IV. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich			
gleichkommen			
h) Sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge	-7.927.032,93	-7.577.944,70	349.088,23
V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
e) vom sonstigen privaten Bereich	-7.921.237,05	-2.757.874,82	5.163.362,23
VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen			
a) vom öffentlichen Bereich		-707.204,56	-707.204,56
b) vom privaten Bereich		-857.073,43	-857.073,43
VII. Sonstige Verbindlichkeiten			
b) vom sonstigen öffentlichen und privaten Bereich	-1.346.083,61	-3.780.612,97	-2.434.529,36
SUMME Verbindlichkeiten	-70.675.400,01	-73.664.260,23	-2.988.860,22

INVESTITIONSTÄTIGKEIT 2013

	Plan	Ist	Vergleich IST/PLAN
	2013	2013	2013
Gesamtsumme Investitionen KSA	3.757.253,00	2.188.266,47	-1.568.986,53
Gesamtsumme Investitionen FSK	560.910,00	373.807,91	-187.102,09
Gesamtsumme Investitionen LSV	12.558.880,00	6.791.899,81	-5.766.980,19
Gesamtsumme Investitionen ULV	2.335.850,00	1.203.341,82	-1.132.508,18
Gesamtsumme Investitionen JHA	18.000,00	36.962,86	18.962,86
Summe Investitionen Landkreis Ebersberg	19.230.893,00	10.594.278,87	-8.636.614,13

Investitionen	Abweichung
943-0011 LRA: Generalsanierung	807.398,40
954-0011 Generalsanierung Realschule Markt Schwaben	1.168.891,15
982-0001 Generalsanierung 3-fach Turnhalle RS MS	916.984,44
953-0005 Erweiterung RS EBE 1, BA ab 2008	2.839.000.00

KENNZAHLEN



Eigenkapitalquote I		Eigenkapital x 100 Bilanzsumme							
Eigenkapitaiquote i				X 100					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Eigenkapitalquote I	47	46	37	42	44	46	45	39	40



Ergebnisquote	Ergebnis der laufenden = <u>Verwaltungstätigkeit</u> x 10			x 100					
		Jahrese	ergebnis						
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ergebnisquote	-15	174	178	145	123	115	77	54	128



Liquide Mittel + kurzfrist. Ford. + Wertpapiere d. Umlaufvermögens									
Liquidität 3. Grades	=	+ Vorräte x 100					100		
	_	kurzfristige Verbindlichkeiten							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Liquidität 3. Grades	3.37	2.37	1.99	2.18	4.45	4.40	2.32	2.14	1.35



	Nettollivesutionen								
Re-Investitionsquote	Jahresabschreibungen auf			x 100					
	Anlagevermögen								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Re-Investitionsquote	120	235	609	929	-18	107	316	494	206
Bereinigte				623	184	282			
Re-Investitionsquote				023		202			

Nach der Präsentation wurden aus dem Gremium folgende Punkte angesprochen:

Anmerkung aus dem Gremium zur Sitzungsvorlage Seite 5, dass aufgrund des Wortes "durch" in dem Satz "Die Re-Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Kommune Neuinvestitionen *durch* jährliche Abschreibungen erwirtschaften kann" sich ein anderer Sachverhalt ergäbe, antwortete Frau Keller, dass diese Zahlen aussagen, wie viel mehr investiert als abgeschrieben werde.

Auf Nachfrage zu den Rückstellungen erklärte Frau Keller, dass der Urlaub bis zum 30.04. des darauffolgenden Jahres aufgebraucht werden müsse. Die Überstunden können bei Angestellten ausgezahlt werden, bei Beamten nicht. Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, dass ab nächstem Jahr die Überstunden ab einem gewissen Stand gekappt werden. Es sei die Aufgabe des jeweiligen Sachgebietsleiters darauf zu achten, dass nicht zu viele Überstunden anfallen.

Auf Nachfrage aus dem Gremium **erklärte Frau Keller**, dass im Jahr 2013 fast die Hälfte der Rückstellungen für die Altersteilzeit aufgelöst wurde, da viele in den ordentlichen Ruhestand getreten sind. Die Altersteilzeit sei gesetzlich geregelt. Die Entscheidung obliege den Betroffenen. **Auf Nachfrage**, ob mehr ausgeschieden seien, als die Altersteilzeit unterschrieben haben **erklärte Herr Stephan**, dass die vorgesehene Arbeitsteilzeitquote 2,5 % sei. Die derzeitige Quote von ca. 5 % wird abgebaut.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ Landrat Robert Niedergesäß über den Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:</u>

- 1. Der Jahresfehlbetrag aus 2012 in Höhe von 3.070.732,17 € wird durch einen Teil des Jahresüberschusses 2013 ausgeglichen. Der Restbetrag in Höhe von 2.136.671,48 € wird der Ergebnisrücklage zugeführt und erhöht diese damit auf 20.597.351,86 €.
- Der Jahresabschluss 2013 wird zur Kenntnis genommen und zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.



TOP 5

Einführung in das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses

2014/2131

SFC / Haushalt / Einführung

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachverhalt anhand folgender Präsentation erläuterte:

Einführung in das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses

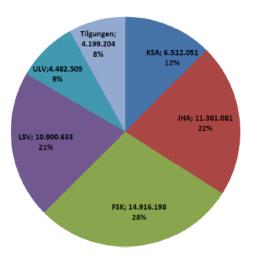
Haushalt auf den "blauen Seiten" 38 bis 55.

Hier ist der sog. "Overhead", die Fixkosten eines Landratsamtes abgebildet (Übersicht über die Kostenstellen auf Seite 38)

Dazu: das große Thema Kreisklinik sowie die Finanzierung des Kreishaushalts mit Kreisund Bezirksumlage, Schlüsselzuweisungen und Finanzzuweisungen.

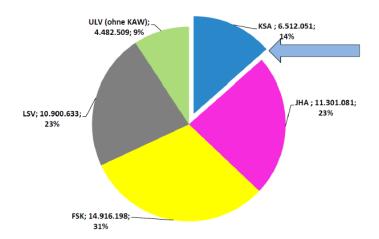
Besonderheit "Allgemeine Finanzwirtschaft"

Ausschuss	Plan 2013	Plan 2014	Prozent
Kreis-und Strategieausschuss (KSA)	5.057.406	6.512.051	12,3%
Jugendhilfeausschuss (JHA)	10.794.757	11.301.081	21,3%
FSK-Ausschuss	14.946.041	14.916.198	28,2%
LSV-Ausschuss	10.576.047	10.900.633	20,6%
ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft)	4.236.138	4.482.509	9,6%
Kommunale Abfallwirtschaft	(-73.700)	(636.961)	
Tilgungen	3.977.959	4.199.204	8,0%
Zu finanzieren	49.514.647	52.948.638	100,0%
Mittelherkunft allgemeine Finanzwirtschaft (020)	51.397.908	54.955.684	106,3%



Diese Kostenstelle (020) bildet die Finanzierung der Teilbudgets ab – hierzu kommen die Tilgungen, die ebenfalls aus der Finanzierung heraus zu erwirtschaften sind.

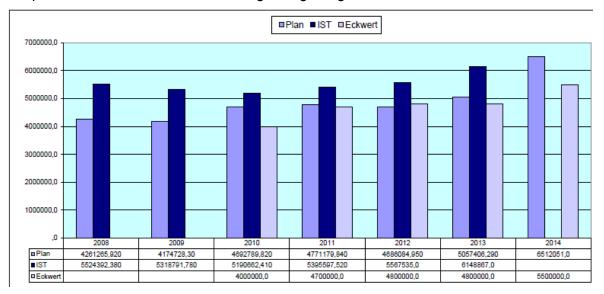
Das Teilbudget – im Vergleich zu den übrigen Teilbudgets Der Kreis- und Strategieausschuss trägt die Budgetverantwortung gegenüber dem Kreistag.



Der KSA bewirtschaftet 6,5 Mio € - das sind 14 % aller Teilbudgets.

Die Entwicklung des Teilbudgets

Bei der Kreisklinik mussten Nachaktivierungen vorgenommen werden, die Abschreibung ist hauptursächlich für die deutlichen Budgetsteigerungen.

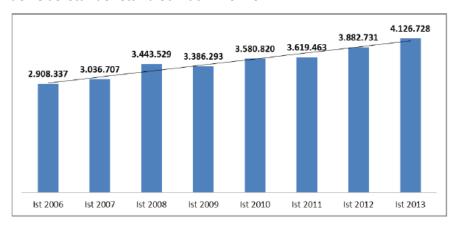


Steuerungsmöglichkeiten

Im Bereich der Fixkosten gibt es nur wenige Produkte. Der Bereich der EDV-Dienstleistungen wird aber in dieser Form abgebildet (s. Haushalt Seite 40)

Freiwillige Aufgaben sind mit "FL" gekennzeichnet.

Der Bereich besteht zu über 80 % aus Personalkosten. Nirgendwo im Landratsamt ist aber der Überstundenstand so hoch wie hier.



Investitionen

Summe örtliche Beteiligung	480.880
Summe Zwischenfinanzierung	5.295.320
Summe Eigenbeteiligungsdarlehen	124.789
Summe Rückflüsse aus Eigenbeteiligungsdarlehen	-107.453
Zwischensumme Transferzahlungen an die Kreisklinik gGmbH	5.793.536
EDV und Sonstiges	739.175
Summe	6.532.711

34 % der Investitionen verantwortet der KSA, es sind fast ausschließlich die Investitionen in die Finanzierung der Kreisklinik.

Die Kreisklinik ist im Haushalt auf den Seiten 41 bis 43 abgebildet.

Das Berichtswesen

Dem KSA wird 3 x jährlich berichtet:

Im Oktober eines Jahres wird die Haushaltsplanung erstellt, die die Eckwertevorgaben des Kreistags vom Juli in eine Planung umsetzt.

Im März / April eines Jahres wird das Vorjahr analysiert und der Planung das tatsächliche IST gegenübergestellt.

Im Juni / Juli (heute) eines Jahres erhält der KSA einen Zwischenbericht, in dem über den Verlauf des aktuellen Haushaltsjahres berichtet wird sowie Veränderungen aufgezeigt werden. Falls notwendig, muss nachgesteuert werden, um die Einhaltung der Planung nicht zu gefährden.

Weiterentwicklung des Berichtswesens

Das Berichtswesen ist standardisiert und zwar nicht nur für den KSA, sondern für alle Ausschüsse. Vorteil: bei Zugehörigkeit oder Vertretung in einem anderen Ausschuss findet man sich leichter zurecht, weil das Berichtswesen identisch ist.

Dieses Berichtswesen wurde von der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung entwickelt und diese Arbeitsgruppe, die in der Geschäftsordnung des Kreistags verankert ist, entwickelt dieses Berichtswesen stetig weiter.

Hierzu wird auf Anforderung von Fachausschüssen oder Vorschlägen der Verwaltung mit der Arbeitsgruppe beraten, bevor Entscheidungen bezüglich der Änderung des Berichtswesens herbeigeführt werden.

Der Haushalt des Landkreises beantwortet viele Fragen, nicht nur auf den Seiten des Teilbudgets.

Vor allem der Vorbericht auf den Seiten 10 bis 30 erhält eine Fülle von Informationen über die Gesamtsituation der Kreisfinanzen, deren Entwicklung, Einschätzung der dauernden Leistungsfähigkeit, Verschuldung sowie Risiken und Ziele im aktuellen Haushaltsjahr.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6	Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus den Fachbereichen Kreis- und
	Strategieausschuss

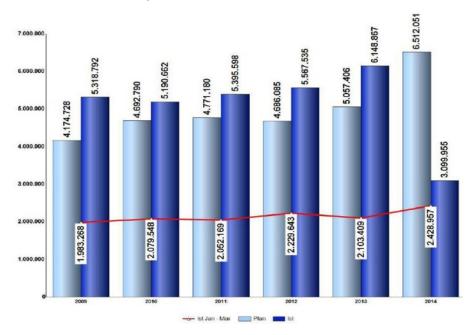
2014/2151 SFC/ HH 2014 / Zwischenbericht

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachverhalt anhand einer Präsentation erläuterte:

Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus den Fachbereichen Kreis- und Strategieausschuss

Der Kreis- und Strategieausschuss



Der Kreis- und Strategieausschuss

	% 31.05.	lst / Plan %	Planerfüllung in %
2007	46,86%	106,85%	-6,85%
2008	48,79%	129,64%	-29,64%
2009	47,51%	127,40%	-27,41%
2010	44,31%	110,61%	-10,61%
2011	43,01%	113,09%	-13,09%
2012	47,58%	118,81%	-18,81%
2013	41,59%	121,58%	-21,58%
2014	38,58%	49,96%	50,04%

Die Mittelausschöpfung zum Zeitpunkt 31.5. ist die niedrigste seit der Messung. In den Vorjahren reichte dieses Teilbudget nie aus. Dies lag an den Nachaktivierungen bei der Kreisklinik im Rahmen der Jahresabschlüsse (erhöhte Abschreibungen, es gab keine Plananlagen). Dieses Problem wurde inzwischen mit Hilfe des BKPV behoben.

Die Sachgebiete mit angekündigten Überschreitungen

			Jan - Mai			
		lst				Prognose
	2010	2011	2012	2013	2014	
200 Fachabteilung 2, Soziales	705	937	1.066	14.043	22.500	20.000
012 Umlage KSt. Versorgungsumlage Beamte 502110	332.468	298.763	364.712	401.787	403.747	70.000
096 Geschäftsführung Kreistag	29.389	32.687	58.844	53.848	54.434	10.000
111 EDV und Kommunikation	307.805	300.682	340.609	231.369	329.169	10.000
140 Stabsstelle Finanzen und Controlling	355.582	397.100	407.826	416.075	503.639	50.000
SUMME	2.079.548	2.052.169	2.229.643	2.103.409	2.512.272	

Begründungen für die Überschreitungen s. Sitzungsvorlage Seite 4.

Bewertung im Hinblick auf das Jahresergebnis

Es wird von einer Budgetüberschreitung von bis zu 160.000 € (+ 2,4 %) ausgegangen.

Kostenstelle Finanzierung

Der Haushalt 2014 entwickelt sich normal. Die Grunderwerbssteuer hinkt um 150.000 € hinterher, das ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht besorgniserregend.

Andererseits werden die Schlüsselzuweisungen um 1,4 Mio € über der Planung liegen, so dass der Haushaltsausgleich aus heutiger Sicht möglich ist, selbst unter Einbeziehung der Abweichungen der anderen Teilbudgets.

Auswirkungen auf den Haushalt

Das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses wird in einer Größenordnung von bis zu 160.000 Euro überschritten werden.

Bei der Finanzierung wird ein Überschuss in Höhe von 1,4 Mio. € erwartet.

Auf die Anfrage aus dem Gremium; ob diese Personalstellen nicht schon im Haushalt abgebildet sind, da im Haushalt 2014 bereits Mehrkosten in diesen Bereichen dargestellt wurden, antwortete Frau Keller, dass es sich bei den 160.000 € nicht nur um Personalkosten handle, es wurden auch Sach- und Produktkosten überschritten.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Auch im nächsten Jahr ist dem Kreis- und Strategieausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.



einstimmig angenommen

TOP 7 Einführung in die Eckwertesteuerung

2014/2132 SFC / Haushalt / Einführung

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachverhalt anhand einer Präsentation darstellte:

Einführung in die Eckwertesteuerung

Begriff des Eckwertes

Der Eckwert gibt jedem Fachausschuss einen Finanzrahmen vor, ihn auszufüllen, obliegt dem Fachausschuss.

Die unterschiedlichen Rollen der Gremien:

Kreis- und Strategieausschuss und Kreistag geben einen strategischen Rahmen vor, weil sie "das Ganze" verantworten.

Die Fachausschüsse füllen diesen Rahmen nach fachlichen Aspekten aus, die Verwaltung untersteht ihnen dabei direkt.

Investitionen

Der Eckwert befasst sich nicht mit den Investitionen.

Neue Investitionen (über 200.000 € Gesamtvolumen) werden von den Fachausschüssen auf die Warteliste gesetzt.

Diese werden im Oktober von KSA und Kreistag behandelt.

Dort wird entschieden, welche Investitionen von der Warteliste in den Haushalt 2015 – 2018 aufgenommen werden.

Wie kam es zur Einführung der Eckwerte?

Die Eckwertesteuerung wurde in der Wahlperiode 2008 – 2014 erstmals eingesetzt.

Davor waren "nur" die Kreisaufgaben Gegenstand von Beratungen, damit entzogen sich 60 % der Aufgaben des staatlichen Landratsamtes einer fiskalischen Steuerung der Kreisgremien.

Klare Zuständigkeiten für die Produktbewirtschaftung (Kostenträger) eröffneten einen neuen Blick auf den Haushalt und vermieden weitgehend Doppelbefassungen von Fachausschüssen.

Vorteile der Eckwertesteuerung?

Der Fachausschuss hat die volle Budgetverantwortung gegenüber dem Kreistag.

Fachausschüsse entwickeln eine eigene Fachbereichsstrategie, d.h., Deckungsvorschläge für "neue Maßnahmen" erfolgen aus dem eigenen Budget.

Eckwerte erzeugen eine bremsende Funktion auf die Haushaltsplanung durch frühzeitige Budgetvorgaben.

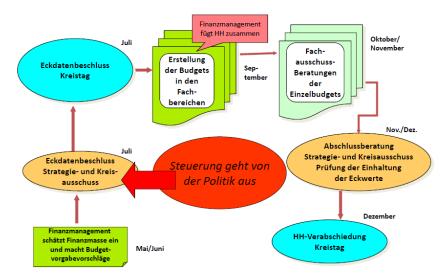
Wie kommt es zu den Eckwertevorschlägen?

Die Verwaltung berichtet zum 31.5. eines Jahres über die Entwicklung des laufenden Jahres und prognostiziert die Entwicklung des Folgejahres.

Das Finanzmanagement ermittelt die finanziellen Rahmenbedingungen, die im Folgejahr erwartet werden.

Mit Hilfe dieser beiden Werte kann der Kreistag bereits vor der Haushaltsplanung beurteilen, wie sich die finanzielle Gesamtsituation der Kreisfinanzen im Folgejahr grob darstellen wird.

Haushaltsaufstellungsprozess



Nutzen der Eckwertesteuerung

Frühe Einschätzung über die Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit des Kreishaushalts.

Frühes Erkennen von steigenden Bedarfen bei der Aufgabenerfüllung.

Schwerpunktsetzung des Kreistags möglich durch die Mittelzuweisungen an die Fachausschüsse.

Abschließende Thesen des Finanzmanagements

 Finanzmanagement und Controlling haben die Aufgabe – über Transparenz – <u>Begründungszwänge</u> zu schaffen.



- 2. Aber: es muss auch politisch zulässig sein, Ziele <u>nicht</u> zu erreichen.
- 3. Der Landkreis kann auf Dauer <u>nicht</u> überleben, wenn er mehr ausgibt als er einnimmt.

Zu Punkt 3 der Thesen gab es eine Diskussion, da nicht jeder im Gremium diesem zustimmen konnte. Einige Stimmen aus dem Gremium teilten die Ansicht, dass man sich an den Punkt 3 halten müsse, denn bei sogenannten "Staatspleiten" müsse der Bürger zahlen, wenn man auf dessen Kosten lebe.

Anmerkung aus dem Gremium, dass man als Bürgermeister hier auch an die Kreisumlage denken müsse. Das bayerische Recht kenne die Insolvenz der Kommune nicht, wurde hierzu angemerkt. KR Dr. Böhm teilte dem Gremium einen Zeitungsartikel der FAZ aus, in dem berichtet wurde, dass der reichste Landkreis mit 837 Mio. € auch die höchsten Schulden habe. Aus dem Gremium wurde dem entgegnet, dass hier differenziert werden müsse.

Landrat Robert Niedergesäß schloss den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis auf die Finanzleitlinie und dem darin enthaltenen Ziel des Schuldenabbaus.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 8 Haushalt 2015; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)

2014/2152 SFC / HH 15 / Eckwerte

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Andreas Stephan, Leiter Abteilung Zentrales

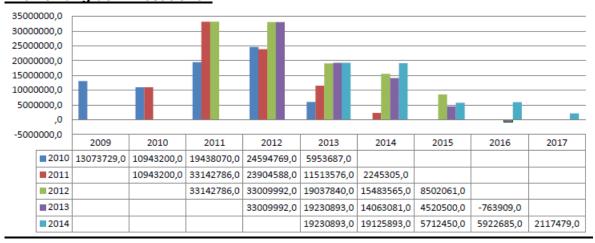
Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf.

Mit den heutigen Beratungen über die Eckwerte 2015 stellt der Kreistag die Weichen für die nächsten 4 Jahre. Der Kreistag hat sich im Dezember 2012 eine Finanzleitlinie gegeben. Sie ist der künftige Rahmen einer soliden und dennoch auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichteten Finanzpolitik des Kreistages. Der kommende Haushalt soll die Weichen stellen, damit auch in Zukunft Investitionen geleistet werden können.

Frau Keller hatte zur Erläuterung des Sachverhalts eine Präsentation vorbereitet.

Anschließend sind einige Folien und deren Diskussionspunkte aufgeführt, die vollständige Präsentation ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt

Zu folgenden Folien wurden einige Punkte angesprochen: Entwicklung der Investitionen



Je weiter man – ausgehend vom Planjahr – in die Finanzplanung schaut, umso ungenauer wird die Planung. Grund: neue Investitionsprojekte, die im Planjahr nicht bekannt waren.

Z.B. wurde im Jahr 2012 der Investitionsbedarf für 2014 mit 15,4 Mio € angenommen, tatsächlich betrug er dann aber im Planjahr 2014

19,1 Mio € Folie 3

Zur Folie 3 "Entwicklung der Investitionen"; Hierbei handle es sich um eine Übersicht von Plan zu Plan. Zuschüsse verwerfen oft das Ergebnis. Anfrage aus dem Gremium zur Differenz, dass im Jahr 2012 der Investitionsbedarf für 2014 mit 15,4 Mio € und im Planjahr mit 19,1 Mio. ausgewiesen wurde: Um wie viele neue Investitionen bzw. um wie viele Verschiebungen es sich handle? Frau Keller erläuterte, dass zwischen diesen Planungen zwei Jahre Zeit verstrichen seien und in dieser Zeit neue Investitionen dazu kämen, die zwei Jahre vorher noch nicht bekannt waren.

Entwicklung der Verschuldung

Die Schulden des Landkreises belaufen sich am 30.6.2014 auf 56 Mio €, und damit um 3,7 Mio € weniger als ein Jahr davor. Aufbauend auf der derzeitigen Investitionsplanung entwickelt sich die weitere Verschuldung des Landkreises wie folgt:

2014: weitere 12 Mio € Neuaufnahme geplant, wovon bisher kein Kredit in Anspruch genommen wurde

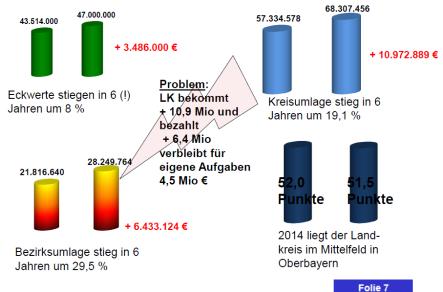
2015: weitere 5 Mio € Neuaufnahme geplant

2016: keine Kreditaufnahme geplant

Die Gesamtverschuldung des Landkreises wird danach im Jahr 2016 <u>unter Berücksichtigung der Tilgungen einen Höchststand von 61 Mio € erreichen und liegt damit um 14 Mio € unter dem noch vor 2 Jahren befürchteten Höchststand der Verschuldung. Die Finanzleitlinie soll wirken. Folie 5</u>

Zur Folie 5 "Entwicklung der Eckwerte" erklärte Frau Keller, für Überschreitungen sind oftmals gesetzliche Änderungen oder Beschlüsse aus den Fachausschüssen ursächlich.





Zur Folie 7 "Die großen Zusammenhänge" war eine Anmerkung aus dem Gremium, mit dem Bezirk Oberbayern Gespräche bzgl. der Bezirksumlage führen, da zum Bezirk auch der Landkreis München mit zum Teil sehr reichen Gemeinden gehöre und somit unterschiedliche finanzielle Voraussetzungen gegeben sind.

Ausblick 2015

Kreisumlage:

Vorausberechnung der Kreisumlage ergibt nach 2 positiven Jahren einen Umlagekraftverlust zwischen 2,7 und 3,4 Mio €, je nach tatsächlicher Erhöhung des Einkommensteueranteils.

Bezirksumlage:

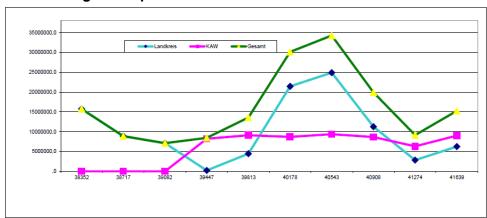
Vorausberechnung der Bezirksumlage ergibt ebenfalls einen Umlagekraftverlust, d.h. Entlastung zwischen 0,8 Mio € und 1,1 Mio €.

Mit einer positiven Entwicklung der Schlüsselzuweisungen, mit der gerechnet wird, könnte der Kreishaushalt mit einer "roten 0" aus der Umlagekraftveränderung herauskommen, d.h., es werden nicht mehr Mittel als im Vorjahr zur Verfügung stehen.

Folie 8

<u>Zur Folie 8 "Ausblick 2015"</u> erklärte Frau Keller; die Vorausberechnung der Bezirksumlage erfolgte ausgehend von einem unveränderten Prozentsatz der Bezirksumlage.

Entwicklung der Liquidität

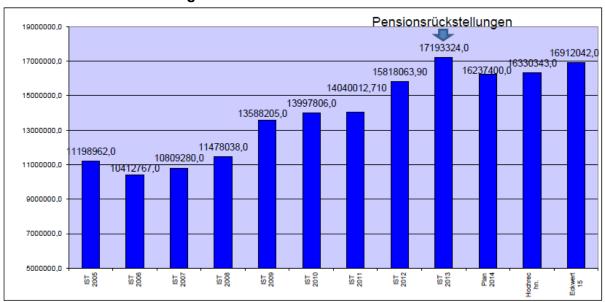


Auch die Liquidität hat sich verbessert, der Landkreis verfügte zum 31.12.2013 über 6,2 Mio € liquide Mittel, die Kommunale Abfallwirtschaft über 9 Mio €.

Folie 10

Zur Folie 10 "Entwicklung der Liquidität" erkundigte sich ein Ausschuss-Mitglied, ob es bezüglich der liquiden Mittel aus der kommunalen Abfallwirtschaft eine Obergrenze gäbe. Es handle sich um Gebühren die dem Bürger zuständen. Frau Keller antwortete, dass die Müllgebühren gesenkt würden um Rücklagen abzubauen. Allerdings muss die kommunale Abfallwirtschaft Rücklagen für Rekultivierung und Nachsorge bilden. Herr Stephan ergänzte die Ausführungen, dass derzeit pro Jahr ca. 500.000 € aus der Gebührenausgleichsrückstellung abgebaut würden.

Personalkostenentwicklung



Die Personalkosten wurden 2014 mit 16,2 Mio € geplant, nach derzeitiger Hochrechnung reichen die Mittel knapp aus (+ 0,5 %). Tarifsteigerungen 2015: + 3,0 % bei Beamten, + 2,4 % bei Beschäftigten.

Folie 15

Steuerung der Personalkosten

Im Stellenplan 2012 und 2013 gab es insgesamt 12 Stellenmehrungen, die 10 Jahre davor keine Einzige. 2014 gab es 2 zusätzliche Stellen (Jobcenter, Integration und Inklusion).

Die Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung hatte sich auf Antrag der CSU-Fraktion im letzten Jahr mit dem Thema befasst und ein Schema zur Überprüfung der Personalkapazitäten in den Fachbereichen entwickelt.

Dieses Instrument wird inzwischen in allen Fachbereichen zur Prüfung der Personalressourcen angewandt.

<u>Ziel</u> muss sein, Personal verstärkt umzuschichten, d.h. an den Stellen einzusetzen, wo Arbeitsschwerpunkte zu bearbeiten sind.

Das zentrale Controlling rechnet weiterhin mit hohem Druck auf die Personalkosten, aber auch stellenweise mit hoher Belastung des Personals.

Folie 16

<u>Zu den Folien 15 und 16 "Personalkostenentwicklung", "Steuerung der Personalkosten":</u>

Aus dem Gremium wurde auf den Text der Sitzungsvorlage verwiesen, indem die Stellenanteile nur "als sehr gering" beschrieben wurden. Es wurde der Wunsch geäußert, Zahlen zu liefern, um sich dadurch ein besseres Bild machen zu können. **Frau**

Keller erwiderte, dass es sich um eine vorsorgliche Planung einer halben Stelle handle

Landrat Robert Niedergesäß ergänzte die Ausführungen, dass gemäß dem Statistikrundschreiben 2013 der Landkreis Ebersberg mit 116 € pro Kopf / Bevölkerung im Mittelfeld liege. Von 71 Landkreisen in ganz Bayern, liege der Landkreis Ebersberg mit seinen Personalkosten auf Platz 27. Die Personalkosten werden auch laufend vom Finanzmanagement beobachtet. Es gab sogar 10 Jahre lang keine Mehrung. Erst als durch ein Gutachten im Jahr 2012 festgestellt wurde, dass im Jugendamtsbereich zu wenig Stellen besetzt seien, wurde nachjustiert. Als Arbeitgeber müsse man sowieso darauf achten, dass der Überstundenanfall noch zu vertreten wäre. Des Weiteren gibt es Aufgaben, z.B. im Bereich Asyl, die von staatlicher Seite zu finanzieren wären. Hier wurde hausintern umorganisiert, sodass dies stellenplanneutral stattfinden konnte, so Landrat Robert Niedergesäß weiter.

Anmerkung aus dem Gremium zu den Pensionsrückstellungen; dies sei wie ein "Damoklesschwert", das über den Landkreis schwebe, wenn der Landkreis überraschend 900.000 € mehr an Mitteln bereitstellen muss. Frau Keller erklärte, dass dies nicht im Hause berechnet werde, sondern vom Versorgungsverband. Die Verwaltung ist an diesem Thema dran, denn es kann immer wieder vorkommen, dass ohne Wissen des Kreises vom Versorgungsverband Summen von z.B. 1 Mio. € aufgelöst oder gebildet würden.

Entwicklung Jugendhilfe

Dem Jugendhilfeausschuss wurde im Zwischenbericht dargestellt, dass das Budget 2014 um 700.000 € überschritten wird.

Die höchsten Überschreitungen gibt es in der stationären Eingliederungshilfe (+ 525.000 €), bei der sozialpädagogischen Familienhilfe (+ 293.000 €) sowie bei den teilstationären Eingliederungshilfen (+ 189.000 €). Mit Ausnahme der Eingliederungshilfe, wo es zu Fallzahlsteigerungen kam, sind die Kostensteigerungen auf die gestiegenen Kosten pro Fall zurückzuführen.

<u>Anmerkung:</u> Die vom Gesetzgeber definierten Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind aus dem Kreishaushalt nicht mehr lange leistbar!

Folie 23

Zur Folie 23 "Entwicklung Jugendhilfe" erklärte Frau Keller, dass der Landkreis mehr als 50 % "von dem was wir tun" für Sozialleistungen erbringe.

Eckwertevorschlag JHA

	Plan 2014		Eckwertevorschlag Controlling 2015	Abweichung zum Plan 2014
JHA	11.301.081	12.200.000	12.200.000	+ 898.919

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2014 um 898.919 € zu erhöhen, das sind 7,95 %.

2014 wird mit einer Überschreitung in einer Größenordnung bis zu 700.000 € gerechnet. Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber dem Vorjahr um 900.000 € anzuheben.

Folie 25

Zur Folie 25 "Eckwertevorschlag JHA" erklärte Landrat Robert Niedergesäß, dass der Entwicklung bezüglich der Abweichung zum Plan in Höhe von 900.000 € nicht tatenlos zugesehen werde. Es werden die einzelnen Positionen angeschaut, um Einsparpotenziale zu prüfen. Er werde im Herbst auf die Fraktionssprecher und die Arbeitsgruppe Politik & Verwaltung zukommen, um über Einsparmöglichkeiten zu sprechen. Dies könnte z.B. die Ausschreibung von Leistungen von Partnern sein, wie den Wohlfahrtsverbänden. Die Sozialarbeit an weiterführenden Schulen (SaS) sei eigentlich eine staatliche Aufgabe, für die derzeit der Landkreis aufkomme. Frau Keller er-

klärte, dass eine Elternbeteiligung eine Möglichkeit wäre, da bisher ein Großteil der Jugendhilfeleistungen unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern erfolge.

Darauf aus dem Gremium:

- -Jeder in den freiwilligen Leistungen investierte Euro spare bei den Pflichtaufgaben.
- -Bei den Ausschreibungen soll darauf geachtet werden, dass ein offener und transparenter Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden geführt werde, sowie auf die Qualität der Leistungen. Es soll das Thema "Eigenbeteiligung der Eltern" geprüft werden.
- -Man sei mit dem Eckwertevorschlag für den JHA zufrieden.
- –Mit einer gemeinnützigen GmbH könne evtl. gespart werden.
- -Bei den Ausschreibungen müsse man darauf achten, dass bei der sozialpädagogischen Arbeit nicht so viel Raum für Einsparungen sein könne. Durch die gesellschaftliche Veränderung könne man es sich nicht mehr ohne SaS an Schulen vorstellen. Es wäre um einiges schwieriger.
- –Wie bereits in der Folie 23 erwähnt, sei die vom Gesetzgeber definierten Rahmenbedingungen in der Kinder– und Jugendhilfe aus dem Kreishaushalt nicht mehr lange zu leisten. Das bedeute, es ist besorgniserregend und auf Dauer nicht mehr zu finanzieren die Politik muss handeln.
- Es solle geprüft werden, ob evtl. geringfügig Beschäftige, Langzeitarbeitslose oder eine gemeinnützige GmbH im sozialen Bereich eingesetzt werden könnten.



Wegen sinkender Eingliederungsmittel des Bundes steigen die Fallzahlen leicht an – sie liegen aber noch im Plankorridor.

Was nicht im Plankorridor liegt, sind die Kosten der Unterkunft pro BG, sie sind seit 2006 um 87,19 € pro Monat gestiegen, was auf der Basis von 1.000 Bedarfsgemeinschaften Mehrkosten in Höhe von über 1 Mio € bedeutet!

Folie 28

<u>Zur Folie 28 "Jobcenter"</u> erklärte Frau Keller, dass hier ein großes Problem die Kosten der Unterkunft (KdU) wären, für die der Landkreis 5,6 Mio. € aufwenden müsse.

Zu fordern: Bundesteilhabegesetz

Der enorme Anstieg der Sozialausgaben und der Eingliederungshilfe im Besonderen (+ 70 % seit 2000 von 1,3 auf 2,2 Mrd. € in Bayern) ist von den Kommunen nicht zu leisten.

Das <u>Bundesteilhabegesetz</u> ist schon allein deshalb zu fordern, weil in der Sozialhilfe das Nachrangprinzip gilt, das aber bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung keine Berücksichtigung findet.

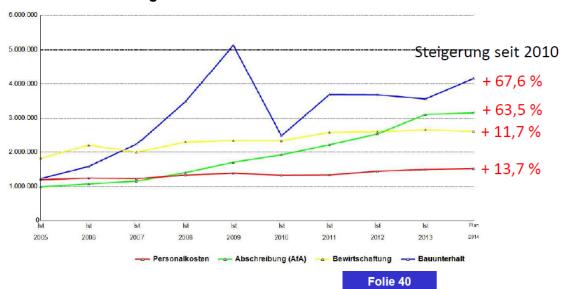
Der Bund kann das, weil 100.000 Menschen mehr in Beschäftigung den Staat um 2,1 Mrd. € entlasten.

2015 ist den Kommunen eine Entlastung in Höhe von 1 Mrd. € versprochen – bisher keine Informationen!

Folie 31

Zur Folie 31 "Zu fordern: Bundesteilhabegesetz" erklärte Kreisrat Thomas Huber, dass seit 10. Juli der Bund an der Formulierung des Gesetzes arbeite. Es soll zum 01.01.2017 in Kraft treten. Es soll eine pauschale Entlastung der Kommunen bringen. Die Entlastung der Landkreise solle in den Jahren 2015/2016 mit 1 Mrd. € und 2017 mit 5 Mrd. € erfolgen.

Aufwandsentwicklung seit 2005



Zur Folie 40 "Aufwandsentwicklung seit 2005" erklärte Frau Keller u.a. zum Bauunterhalt, dass es sich hier um keine Investitionen sondern um einen Werteerhalt handle.

Eckwertevorschlag LSV

	Plan 2014	Eckwertevorschlag	Eckwertevorschlag	Abweichung
		Sachgebiet 2015	Controlling 2015	zum Plan 2014
LSV	10.900.633	12.250.000	11.200.000	+ 299.367

Es wird vorgeschlagen, den Eckwert gegenüber der Planung 2014 um 299.367 € zu erhöhen, das sind 2,7 %.

Das Liegenschaftsamt schlägt einen Eckwert in Höhe von 12.250.000 € vor, also über 1 Mio € mehr.

Folie 43

Zur Folie 43 "Eckwertevorschlag LSV" war die Empfehlung von Frau Keller, die konkrete Planung des Sachgebietes Liegenschaftsamt abzuwarten und den Eckwert gegenüber der Planung um 299.367 € (2,7 %) statt wie vom Liegenschaftsamt vorgeschlagen um über 1 Mio. € mehr zu erhöhen. Eine Anfrage aus dem Gremium wie die AfA abgeschrieben werde, z.B. als Gewerke, denn im Bauunterhalt könne man sparen, antwortete Frau Keller, dass es hier Vorgaben gäbe.

Bewertung für den Haushalt 2015

Diese knapp 2 Mio € Steigerung gegenüber der Planung 2014 haben derzeit keine Finanzierung aus der Umlagekraft.

Die Einhaltung der Finanzleitlinie wäre gesichert.

Will man die Kreisumlage nicht erhöhen, schmilzt der für 2015 geplante Ergebnisüberschuss von 6,2 Mio € auf 4,2 Mio € ab.

Die Prognose geht davon aus, dass die Schlüsselzuweisungen steigen und die Bezirksumlage nicht steigt – andernfalls wird das Finanzierungsloch größer werden und eine Erhöhung des Kreisumlagenhebesatzes wäre die Folge.

Folie 45

Zur Folie 45 "Bewertung für den Haushalt 2015" wurde aus dem Gremium angemerkt, dass jetzt nicht über die Kreisumlage diskutiert werden solle. Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass die Kreisumlage konstant bliebe, sollte am Haushalt nicht viel geändert werden.

KR Thomas Huber erklärte, dass ab Donnerstag eine kleine Prognose bzgl. der Bezirksumlage folge, somit hätte man eine Konstante mehr zur Haushaltsplanung.

Anregung aus dem Gremium: Es fehle ein Blick in die Investitionszukunft des Landkreises. Die Arbeitsgruppe P & V oder die Fraktionssprecher sollen sich diesem Thema annehmen. Es stehen einige Projekte an, z.B. Gymnasium Grafing, evtl. Neubau Gymnasium Poing, Klinik baut selbst. Hier müsse Klarheit her, wann diese Projekte kommen, dann könne man auch beurteilen, ob die Investitionsausgaben mit geplanten 4 Mio. ausreichen. Das Ziel sollte nicht sein, die Warteliste "aufzublähen".

Kritik aus dem Gremium, dass Frau Keller die genauen Gründe der Summe von 12 Mio. € des Sachgebietes Liegenschaftsamt nicht benennen konnte und dass kein Mitarbeiter des Sachgebietes zur Stellungnahme gegenüber dem Gremium anwesend war.

Frau Keller erläuterte, dass es sich bei der Festlegung der Eckwerte um ein rein strategisches Vorgehen handle. Das Gremium habe durch die Eckwert-Vorgaben Steuerungsmöglichkeiten.

Anmerkung aus dem Gremium, dass Zweifel bestehen, ob der Kreistag hier wirklich Steuerungsmöglichkeiten habe.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, ließ Landrat Robert Niedergesäß über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Für die Haushaltsberatungen 2015 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2014	Eckwert 2015
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.512.051	6.650.000
Jugendhilfeausschuss	11.301.081	12.200.000
SFB-Ausschuss	14.916.197	15.200.000
ULV-Ausschuss	4.482.509	4.700.000
LSV-Ausschuss	10.900.633	11.200.000
Summe	48.112.471	49.950.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 49.950.000 €. In der Summe steigt die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2014 um 1.837.529 € (+ 3,8 %).

Die Fachausschüsse werden aufgefordert, bei der Haushaltsplanung 2015 diese Eckwerte einzuhalten und Vorschläge für Einsparungen vorzulegen.



TOP 9	Liegenschaften;
	Humboldt-Gymnasium Vaterstetten;
	Bedarf einer weiteren Halleneinheit

2014/2146/1 13/2142.10

Vorberatung LSV-Ausschuss am 26.03.2014, TOP 9Ö
An der Beratung nahmen teil: Andreas Stephan, Leiter Abteilung Zentrales

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und führte kurz in den Sachverhalt ein. In der Sitzung des LSV-Ausschusses wurde dem KSA einstimmig empfohlen, einen gleichlautenden Beschluss zum Bau einer weiteren Turnhalleneinheit am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten zu fassen.

Die Gemeinde Vaterstetten bittet den Landkreis, sich am Bau einer wettkampffähigen Dreifachturnhalle zu beteiligen; somit könnte der Bedarf der Gemeinde für eine Zweifachhalle an der neuen Grund- und Mittelschule und der weitere Bedarf des Landkreises für das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten (4. Turnhalleneinheit) berücksichtigt werden.

Von Seiten der Gemeinde ist geplant, eine wettkampffähige Dreifachturnhalle zu errichten – also eine Halle mit weitergehenden Anforderungen. Der Anteil des Landkreises würde sich auf eine Schulsporthalleneinheit beziehen. Die Differenz zahle die Gemeinde Vaterstetten. Die Schule sei mit dieser Lösung auch einverstanden – ein positives Schreiben der Schulleitung liege vor , so Landrat Robert Niedergesäß.

Der Kostenrichtwert nach FAG für eine Halleneinheit liegt derzeit bei rund 1,7 Mio. €.

Zusätzliche Halleneinheiten stünden bereits seit mehreren Jahren auf der Warteliste, daher schlage Landrat Robert Niedergesäß dem Gremium vor, diese Maßnahme von der Warteliste zu nehmen.

Anmerkung aus dem Gremium, dass anscheinend der Bedarf an Turnhallen im Landkreis "unendlich" sei.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Die Maßnahme Errichtung einer weiteren Halleneinheit für das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten wird von der Warteliste genommen und in der Haushaltsplanung 2015 und den folgenden Jahren entsprechend der Umsetzungsplanung der Gemeinde Vaterstetten berücksichtigt. Die Gemeinde Vaterstetten wird von diesem Beschluss für die weiteren Planungen informiert.



gegen 1 Stimme

TOP 10	Erlass einer Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen	
	des eigenen Wirkungskreises	

2014/2166 BL/Infofreiheit

Vorberatung KSA am 11.10.2010, TOP 10ö KSA am 24.02.2014, TOP 8ö

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer. Dieser erläuterte noch kurz den mit der SiVo versandten Entwurf, der mit der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung am 19.05.2014 erarbeitet wurde. Der Entwurf wurde dort Punkt für Punkt durchgesprochen und Änderungen eingefügt. Folgende Gesichtspunkte wurden noch als Arbeitsauftrag an die Verwaltung gegeben:

- geschlechtsneutrale Formulierungen
- Ernennung einer/eines zentrale/-n Beauftragte/-n für Informationen an die Bürger
- Vorschlag für eine Kostenregelung (Gebühren nach Arbeitsaufwand: unter 15 Min.: keine, je angefangene halbe Stunde 40 Euro, Auslagen für Kopien: 20 Cent, Geringfügigkeitsgrenze z.B. 5 Euro)

Der mit der Sitzungsvorlage übersandte Satzungsentwurf enthält alle von der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung erarbeiteten Vorschläge. Ein Problem sei, dass nach hausinterner juristischer Prüfung eine eigene allgemeine Kostensatzung erlassen werden müsse. Es werde im Kreistag am 28.07.2014 eine Informationssatzung ohne § 14 Kosten beschlossen, die ab 01.01.2015 in Kraft trete.

Aus dem Gremium wurde angemerkt, dass aufgrund eigener Erfahrungen dieser Satzung nicht zugestimmt werden könne.

Anregung aus dem Gremium, es sollen auch bei den Kosten CDs als Datenträger mitaufgenommen werden.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Der Landkreis Ebersberg erlässt die Satzung über den Zugang zu Informationen der Landkreisverwaltung (Informationsfreiheitssatzung) in der vorliegenden Form. Sie tritt am 01.01.2015 in Kraft.
- 2. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.

angenommen	gegen 1 Stimme
angenommen	gegen 1 Stimme

TOP 11 Benennung weiterer Vertreter in den Ausschüssen des Kreistages; Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.07.14

2014/2180 BL/KT

Vorberatung 01. Kreistag am 05.05.2014, TOP 08 ö
An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Zur größeren Flexibilität bei der Vertretung der Ausschussmitglieder hat die Grünen-Fraktion mit Schreiben vom 01.07.2014 beantragt, jeweils ein drittes und in den meisten Fällen ein viertes stellvertretendes Mitglied bestimmen zu können.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Nach dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden folgende Ausschüsse, der Zweckverband Realschule Vaterstetten und die AG Politik und Verwaltung mit folgenden weiteren Stellvertreter/-innen besetzt:

Ausschuss/ Zweckverband/ AG Politik u. Verwaltung	Mitglied	Stellver- treter-/in	zweite weitere/-r Stellver- treter/-in	dritte weitereR Stellver- treter/-in	vierte weitere-/r Stellver- treter/-in
Kreis- und Strategieausschuss	Waltraud Gruber	Vincent Kalnin	Christine Gerneth	Angelika Obermayr	Benedikt Mayer
	Reinhard Oellerer	Angelika Obermayr	Benedikt Mayer	Vincent Kalnin	Christine Gerneth
Jugendhilfeausschuss	Christine Gerneth	Franz Greithanner	Vincent Kalnin	Reinhard Oellerer	
Rechnungsprüfungs- ausschuss	Vincent Kalnin	Benedikt Mayer	Reinhard Oellerer	Franz Greithanner	
LSV-Ausschuss	Franz Greithanner	llke Ackstaller	Benedikt Mayer	Philipp Goldner	Waltraud Gruber
	Melanie Kirchlechner	Philipp Goldner	Waltraud Gruber	like Ackstaller	Benedikt Mayer
SFB-Ausschuss	Christine Gerneth	Reinhard Oellerer	Melanie Kirchlechner	like Ackstaller	Philipp Goldner
	Vincent Kalnin	llke Ackstaller	Philipp Goldner	Reinhard Oellerer	Melanie Kirchlechner
ULV-Ausschuss	like Ackstaller	Melanie Kirchlechner	Waltraud Gruber	Vincent Kalnin	Angelika Obermayr
	Philipp Goldner	Vincent Kalnin	Angelika Obermayr	Melanie Kirchlechne r	Waltraud Gruber
ZV RS Vaterstetten	Melanie Kirchlechner	Franz Greithanner	Reinhard Oellerer		
AG PuV	Waltraud Gruber	Vincent Kalnin	Angelika Obermayr	Reinhard Oellerer	



TOP 12	Informationen und Bekanntmachungen
TOP 12.1	Informationen und Bekanntmachungen;
	Energieagentur Ebersberg gemeinnützige GmbH; notarielle Beurkundung

2014/2179

Vorberatung Kreistag am 28.04.2014, TOP 5 ö

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer informierte, dass die Energie Agentur Ebersberg als gemeinnützige GmbH (EA) Ende Juni notariell beurkundet worden sei. Die Agentur solle zum 01.09.2014 starten mit dem Geschäftsführer Hans Gröbmayr und 1,5 Vollzeitkräften, die bereits ausgeschrieben und ausgewählt worden seien.

Wichtig sei der Aufsichtsrat, der aus acht Kreisräten und zwei weiteren Fachleuten bestehen solle, die nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren bestimmt werden sollen. In der Oktobersitzung des Kreistages ist vorgesehen, dass der Aufsichtsrat beschlossen wird. Dazu bat Herr Neugebauer die Fraktionssprecher, sich in der Fraktion entsprechend zu beraten und Vorschläge zu unterbreiten.

Er informierte weiter, dass die Bürgermeister in der letzten Dienstbesprechung ebenfalls über die EA informiert worden seien und ihnen empfohlen worden sei, der EA als Gesellschafter beizutreten. Die Mindesteinlage betrage dabei 500 Euro.

TOP 12.2	Informationen und Bekanntgaben;
	Spenden

2014/2153

SFC / HH 2014 / Spenden

Frau Keller trug die Spender des ersten Abschnitts 2014 (Jan. bis Juni) und die Nachmeldung aus 2013 vor, die keine Einwände gegen eine Veröffentlichung ihrer Spende vorgebracht haben. Es handelt sich um Spenden in Höhe von ca. 40.000 Euro im Jahr 2014.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 12.3	Informationen und Bekanntgaben;	
	Ankündigung einer Eilentscheidung bzgl. Zusicherung eines Zuschusses	
	an die GWG Ebersberg	

Landrat Robert Niedergesäß kündigte eine Eilentscheidung an. Es handelt sich um die Zusicherung eines Zuschusses an die GWG Ebersberg. Diese habe eine Förderung von 48.000 Euro beantragt; der Antrag sei so kurzfristig eingegangen, dass eine ordentliche Vorbereitung nicht mehr möglich gewesen sei. Baubeginn sei im Herbst; Frau Keller bestätigte, dass Haushaltsmittel für 2015 zur Verfügung stünden.

TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
keine	
TOP 14	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
keine	

Anfrage von KRin Waltraud Gruber; Kinderstation in der Kreisklinik

KRin Waltraud Gruber trug ihre Fragen zum Thema Kinderstation wie folgt vor:

- 1. Warum hat der Landrat das Thema Kinderstation in die Medien gebracht ohne den Weg über die Gremien zu gehen? Wurden nichtöffentliche Informationen dabei preisgegeben?
- 2. Wäre es nicht Aufgabe der Klinikleitung gewesen, sich über das Thema Kinderstation öffentlich zu äußern?
- 3. Welche Chancen sieht die Klinikleitung für eine Kinderstation in der KK Ebersberg? Ist eine Kinderstation überhaupt für eine Klinik der Grundversorgung, wie es die Ebersberger Kreisklinik ist, möglich? Wurden Hoffnungen geweckt, die schwer zu erfüllen sind?

Landrat Robert Niedergesäß beantwortete diese wie folgt:

TOP 15

- zu 1.: Nein, das stimme so nicht; der Aufsichtsrat der Kreisklinik sei schon im Jahr 2009 mit dem Thema befasst gewesen. Dieser könne sich ohne Gegenfinanzierung/staatliche Förderung eine Umsetzung nicht vorstellen. Er habe das Thema bei der Ministerin Huml anlässlich der Einweihung des 8. BA der Kreisklinik angesprochen, da er wisse, dass eine Kinderstation viele Eltern bewege. Er habe keine Pressemitteilung herausgegeben, vielmehr sei er von der Ebersberger Süddeutschen Zeitung angefragt worden; diese habe sehr positiv über das Projekt berichtet. Er wisse allerdings, dass eine Kinderstation in einem Haus der Grundversorgung grundsätzlich nicht möglich sei. Im Landkreis Pfaffenhofen habe man sich hier bisher leider auch erfolglos bemüht. Er sehe das Thema als Langfristthema, das evtl. über den Bayerischen Landkreistag in die Politik eingespeist werden sollte. Dafür wolle er sich gerne einsetzen.
- zu 2. und 3.: Der Geschäftsführer der Kreisklinik, Herr Stefan Huber werde im Kreistag am 28.7. ausführlich berichten.

KRin Waltraud Gruber bemerkte, es müssen genügend Fallzahlen vorhanden sein, damit auch entsprechende Erfahrungen mit Kleinkindern vorliegen.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.